



In Belgrad fand ein Runder Tisch zur Verfolgung der Orthodoxie im postsowjetischen Raum statt



Der Kommunikationsdienst der Abteilung für kirchliche Außenbeziehungen, 08.06.2025. Am 6. Juni 2025 fand im Russischen Zentrum für Wissenschaft und Kultur in Belgrad (Serbien) ein Runder Tisch zum Thema „Die Verfolgung der kanonischen Orthodoxie in der Ukraine und anderen postsowjetischen Ländern“ statt.

Die Veranstaltung wurde auf Initiative der Russischen Vereinigung zur Verteidigung der Religionsfreiheit und der Synodalen Abteilung für die Beziehungen der Kirche zur Gesellschaft und den Medien mit Unterstützung von Rossostrudnichestvo organisiert, **berichtet** die Website des Kommunikationsdienstes der Abteilung für kirchliche Außenbeziehungen.

An der Diskussion nahmen teil: Vikar Seiner Heiligkeit des Patriarchen von Serbien, Bischof Dositheus von Lipjan; Vorsitzender der Russischen Vereinigung zur Verteidigung der Religionsfreiheit, stellvertretender Direktor des Instituts für Ethnologie und Anthropologie der Russischen Akademie der Wissenschaften, S.A. Melnikov; Leiter der Repräsentanz von Rossostrudnichestvo in Serbien, Direktor des Russischen Zentrums für Wissenschaft und Kultur in Belgrad, E.A. Baranov; Stellvertretender Vorsitzender der Synodalen Abteilung für Beziehungen zwischen Kirche und Gesellschaft und Massenmedien der Russischen Orthodoxen Kirche, stellvertretender Vorsitzender des Rates der Russischen Vereinigung zur Verteidigung der Religionsfreiheit, V.V. Kipshidze; Rektor des Metochion

der Russisch-Orthodoxen Kirche in Belgrad, Erzpriester Vitaly Tarasyev; Professor der Orthodoxen Theologischen Fakultät, benannt nach dem Heiligen Basilius von Ostrog, Universität Ost-Sarajevo, Erzpriester Darko Ristov Djogo (Serbisch-Orthodoxe Kirche); Ukrainischer orthodoxer Publizist, Missionar.

Der Hauptbericht mit einer Präsentation, die diskriminierende politische Entscheidungen und Beispiele der Unterdrückung orthodoxer Gläubiger in der Ukraine, Lettland, Litauen, Moldawien und Estland detailliert behandelte, wurde von S.A. Melnikov vorgetragen. Zusammenfassend stellte der Referent fest: „Das Hauptmotiv für diese illegalen Entscheidungen der Behörden ist die nationale und öffentliche Sicherheit. Betrachtet man jedoch die normativen internationalen Rechtsdokumente – den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und die Europäische Menschenrechtskonvention –, wird deutlich, dass die öffentliche und nationale Sicherheit keine Grundlage für die Einschränkung der Gewissensfreiheit darstellt. Alle diese Länder verfolgen einen absolut gesetzlosen Weg.“

Bischof Dositheus von Lipljan wiederum begrüßte die Teilnehmer und betonte, dass die Veranstaltung in Belgrad mit dem Segen Seiner Heiligkeit Patriarch Porfirije von Serbien stattfindet, der der Initiative große Aufmerksamkeit schenke. Der Bischof berichtete, dass die Serbisch-Orthodoxe Kirche die Situation in der Ukraine und anderen Ländern, in denen orthodoxe Brüder und Schwestern verfolgt werden, beobachtet und ihnen ihre Unterstützung zusage.

V.V. Kipshidze wies in seiner Rede darauf hin, dass das Problem der Gläubigenverfolgung durch einen Teil der Weltgemeinschaft seit langem ignoriert wird. „Es ist sehr wichtig, dass das Thema der Verfolgung der ukrainischen orthodoxen Kirche in Serbien diskutiert wird. Denn wir beobachten eine sehr traurige Tendenz, über die zahlreichen Verfolgungen orthodoxer Gläubiger in der Ukraine zu schweigen. Daher ist es sehr erfreulich, dass Serbien zu einem Ort geworden ist, an dem man offen und überzeugend über die Geschehnisse in der Ukraine sprechen kann“, sagte V.V. Kipshidze. Seiner Meinung nach erinnern die heutigen Verfolgungen in der Ukraine an die Situation in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts in der Sowjetunion. Einzige Ausnahme: Es gibt keine Massenerschießungen von Geistlichen oder Sprengungen von Kirchen. Ansonsten kopieren die ukrainischen Behörden die Formen des Drucks auf Gläubige, die in diesen traurigen Jahren angewandt wurden. „Das Ausmaß der in der Ukraine begonnenen Verfolgung und die öffentliche Reaktion der Weltgemeinschaft, insbesondere das Ausbleiben einer angemessenen und dem Ausmaß entsprechenden Reaktion, ist leider ein Indikator für die völlige Abwertung des Grundsatzes des Schutzes der Religionsfreiheit“, so der Sprecher. Ihm zufolge habe diese Situation die Autorität der westlichen Menschenrechtsgemeinschaft, die die Verfolgung der ukrainischen orthodoxen Kirche und die Situation der Gläubigen in der Ukraine ignoriert habe, vollständig zerstört. W.W. Kipshidze bemerkte außerdem: „Die ukrainische orthodoxe Kirche bildet mit der russischen orthodoxen Kirche eine Einheit, nicht im Bereich der Politik und der Beziehungen zu staatlichen Behörden in dem einen oder anderen Land, sondern im Bereich des gemeinsamen spirituellen Erbes, das gleichermaßen wertvoll, bedeutsam und untrennbar mit dem Leben der russischen, ukrainischen, belarussischen, moldauischen und anderer Völker verbunden ist. Versuche, dieses Erbe zu zerstören, die aus momentanen politischen Erwägungen unternommen werden, sind ein Schlag für die gesamte russische Orthodoxie.“

Erzpriester Vitaly Tarasyev bemerkte, dass die beobachtete politisierte Haltung gegenüber Gläubigen in einer Reihe slawischer Länder eine klare Absicht zeige, die Orthodoxie als Grundlage der Kultur zu zerstören. Ihm zufolge erfüllt die Kirche in der modernen Welt eine diplomatische Mission und muss weiterhin über Probleme sprechen, die ein harmonisches Verhältnis zwischen Religionsgemeinschaft, Staat und Gesellschaft behindern.

Erzpriester Darko Ristow Dschogo zog Parallelen zwischen der aktuellen Weltlage und der Zeit des Zweiten Weltkriegs, als die Religionspolitik einiger europäischer Länder darauf abzielte, die Rechte der

Gläubigen zu verletzen, Spaltungen im religiösen Umfeld zu schaffen und künstliche Gerichtsbarkeiten zu schaffen. Seiner Meinung nach werden dieselben politischen Technologien heute in der Ukraine und anderen Ländern umgesetzt.

R.V. Kalinchuk berichtete den Veranstaltungsteilnehmern von seinen Erfahrungen, wie er dem diskriminierenden Einfluss der lokalen Behörden in der Ukraine aufgrund seines Engagements für die Ukrainische Orthodoxe Kirche entkommen konnte, und berichtete über die aktuellen Ergebnisse der im Land verfolgten Politik zur Zerstörung der kanonischen Kirche. Trotz der Arbeit des Staatlichen Dienstes für Ethnopolitik in der Ukraine und der von seiner Leitung veröffentlichten Statistiken über die Zwangsübergabe von fast 2.000 Kirchen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche an die sogenannte „OCU“ bleiben ukrainische Gläubige der kanonischen Kirche treu und feiern weiterhin Gottesdienste außerhalb von Kirchengebäuden. Ihm zufolge sind die Forderungen der Behörden der Ukraine und anderer Länder, kirchliche Entscheidungen mit der säkularen Gesetzgebung in Einklang zu bringen, ein klarer Verstoß gegen das international anerkannte Prinzip der Gewissens- und Religionsfreiheit, da kanonische Entscheidungen keinen Rechtscharakter haben und in erster Linie der Organisation des kirchlichen Lebens dienen. Der Experte äußerte die Meinung, dass die nichtkanonischen Maßnahmen des Patriarchats von Konstantinopel der Politik der vorherigen US-Präsidentschaftsregierung folgen, die darauf abzielte, die orthodoxe Gemeinschaft vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen.

An der Veranstaltung nahmen auch Experten und Medienvertreter aus Russland und Serbien teil.

Quelle: <https://mospat.ru/de/news/93331/>